

# N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung des Sozial- und  
Gesundheitsausschusses

am Mittwoch, dem 01.02.2017

Stadt Neumünster  
Neues Rathaus  
Raum 1.8  
Großflecken 59  
24534 Neumünster

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:44 Uhr

## Anwesend:

### Ausschussvorsitzender

Herr Sami Inci

### Ratsfrau / Ratsherr

verlässt die Sitzung vor der Abstimmung  
unter TOP 10

Herr Volker Andresen  
Frau Sabine Krebs

Frau Marianne Lingelbach  
Herr Oliver Schlemmer  
Frau Babett Schwede-Oldehus  
Herr Manfred Zielke

### Bürgerschaftsmitglieder

Herr Stefan Helmers  
Frau Harmke Janssen  
Frau Nadja Winter

### Außerdem anwesend

KAG der Freien Wohlfahrtsverbände  
Seniorenbeirat  
Behindertenbeauftragter  
Vorstandsmitglied Forum der Vielfalt  
Vorstandsmitglied Forum der Vielfalt  
Vorstandsmitglied Forum der Vielfalt  
ZBS-Leiterin Frau Melanie Popp  
als ZuhörerIn  
2 PressevertreterInnen  
1 ZuhörerIn

Herr Heinrich Deicke  
Herr Heinz Fieroh  
Herr Hartmut Florian  
Herr İbrahim Ortaçer  
Frau Elisabeth Dannenmann  
Frau Natali Schnar

### Von der Verwaltung

Erster Stadtrat  
Fachdienstleiter 50  
Stellv. Fachdienstleiter 53  
Fachdienst 03, Integrationskoordinatorin  
Fachdienst 12, Koordinierungsstelle  
Flüchtlinge

Herr Carsten Hillgruber  
Herr Holger Pohlmann  
Herr Joachim Hucke  
Frau Eilean Layden  
Frau Manja Yalçın

Fachdienst 03, Protokollführerin  
Fachdienst 03, Sozialplaner  
Personalrat

Frau Gudrun Folchert  
Herr Jörg Hellberg  
Herr Georg Müller

**Entschuldigt:**

**Ratsfrau / Ratsherr**

Herr Andreas Hering

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
3. Genehmigung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung am 01.02.2017
4. Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 09.11.2016
5. Einwohnerfragestunde
6. Anträge und Anfragen
- 6.1. Große Anfrage der Rathausfraktion Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger in Neumünster zur aktuellen Situation von Obdachlosen in Neumünster  
**Vorlage: 0334/2013/An**
7. Bericht der Koordinierungsstelle für Integration
8. Bericht des Vorstandes des Forums der Vielfalt
9. Projektförderung einer kommunalen Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte mit dem Schwerpunkt Flüchtlinge "Integration durch Koordination von Bildungsangeboten"  
**Vorlage: 0902/2013/DS**
10. Armut in Neumünster – 2. Zwischenbericht zum Antrag 0230/2013/An  
**Vorlage: 0423/2013/MV**
11. Ehrenamtliche/r Beauftragte/r für Menschen mit Behinderung der Stadt Neumünster, hier: Berufung in eine ehrenamtliche Tätigkeit  
**Vorlage: 0885/2013/DS**
12. Strukturvertrag soziale Hilfen in Schleswig-Holstein, Mittelverteilung 2017  
**Vorlage: 0851/2013/DS**
13. Mitteilungen

1 .	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
-----	---

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 18:00 Uhr, entschuldigt ein abwesendes Ausschussmitglied und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2 .	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
-----	---

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratende Tagesordnungspunkte sind nicht vorhanden.

3 .	Genehmigung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung am 01.02.2017
-----	---

Der Vorsitzende weist auf die vorliegende neue erste Seite der Vorlage 0902/2013/DS zum Austausch hin. Danach wird die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung am 01.02.2017 einstimmig angenommen.

4 .	Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 09.11.2016
-----	---

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung am 09.11.2016 wird einstimmig angenommen.

5 .	Einwohnerfragestunde
-----	----------------------

Es liegen keine Fragen vor.

6 .	Anträge und Anfragen
-----	----------------------

Es liegt nur die Große Anfrage unter 6.1 vor.

6.1 .	Große Anfrage der Rathausfraktion Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger in Neumünster zur aktuellen Situation von Obdachlosen in Neumünster <b>Vorlage: 0334/2013/An</b>
-------	---

Dem Vorsitzenden liegt die Antwort zur Großen Anfrage der Rathausfraktion Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger in Neumünster vom 21.11.2016 zur aktuellen Situation von Obdachlosen in Neumünster im Original vor.

Er fragt Herrn Hellmers, ob er noch weitere Fragen im Nachgang zur schriftlichen Beantwortung habe.

Herr Helmers erklärt, er habe zu den Nummern 9. und 10. noch Nachfragen, und er erläutert, dass es im „KdU-preisigen“-Segment Wohnraumbedarf für Wohnungslose gebe, was auch in einem Gespräch mit der ZBS bestätigt worden sei.

Herr Erster Stadtrat Hillgruber macht deutlich, dass sowohl aus Sicht des Jobcenters als auch der Stadt Neumünster genügend Wohnraum entsprechend den Anforderungen der KdU-Satzung vorhanden sei, was sich in Fällen, in denen ein Wohnungswechsel notwendig sei, zeige.

Dies bestätigt Herr Pohlmann, der auf spezifische Kriterien der Vermietenden hinweist, und fragt, ob der Zuhörerinnen Frau Popp das Wort erteilt werden könne.

Der Vorsitzende erteilt Frau Popp das Wort, die das große Problem der Klientel der Wohnungslosenhilfe schildert. So gebe es eine große Fluktuation, viele Wohnungswechsel und Nachfragen, bei denen Menschen mit Vermittlungsproblemen in der Regel nicht zum Zuge kämen.

Herr Helmers fragt nach, ob es richtig sei, dass bei der Wobau infolge Sanierungen günstiger Wohnraum wegfallen werde, und ob es Einflussmöglichkeiten der Stadt hinsichtlich der Wohnraumversorgung geben würde.

Herr Erster Stadtrat Hillgruber erachtet mehr günstigen Wohnraum als wünschenswert, sieht aber keine Möglichkeiten, die seitens der Stadt Neumünster alleine bewerkstelligt werden könnten.

Herr Deicke berichtet von einer kürzlichen Einladung der Wobau und den von dort signalisierten Bemühungen, auf das betreffende Klientel zuzugehen.

Frau Popp wird erneut das Wort erteilt und sie berichtet, dass sie die erwähnten Sorgen komplett teile, und dass es immer weniger Privatvermietende geben würde und sich die Wohnungsgesellschaften mehr und mehr zurückzögen - mehr Vielfalt täte hier gut. Außerdem gebe es den Ausführungen von Frau Popp zufolge viele Wohnungen, die jedoch leider nicht **bezugsfähig** seien.

Herr Andresen hoffe ebenfalls auf das positive Ergebnis des Gesprächs mit der Wobau und weist auf den fehlenden sozialen Wohnungsbau in Neumünster hin; ausreichender günstiger Wohnraum sei wichtig. Dieser solle mehrgleisig erschaffen werden.

Herr Deicke erwähnt die früheren stadteigenen Wohnungen und fragt, ob es solche wieder geben könne. Zu klären sei allerdings die Situation bei etwaigen Mietausfällen.

7 .	Bericht der Koordinierungsstelle für Integration
-----	--

Der Vorsitzende gibt das Wort an Frau Layden weiter, die ihren Tätigkeitsbericht präsentiert und Gelegenheit für Fragen einräumt.

Das Thema Integration werde bei der Stadt Neumünster als Querschnittsaufgabe verstanden.

Bedeutende Themen seien zzt. die EU-Zuwanderung, die Erstellung eines Gesamtkonzepts interkulturelle Kompetenz und die Realisierung des Programms „Demokratie leben!“.

Der Vorsitzende spricht sich dafür aus, dass Veranstaltungen generell allen NeumünsteranerInnen offenstehen sollten und befürwortet „Tandem-Anträge“ von Neumünsteraner Organisationen und solchen mit Migrationshintergrund.

Herr Andresen spricht die Problematiken der Zahlung von Kindergeld für Kinder, die in Rumänien und Bulgarien lebten, sowie der Dezentralisierung von DAZ-Zentren an.

Frau Layden sieht hier ebenfalls eine Priorität. Sie berichtet, dass die zugewanderten EU-BürgerInnen aus Bulgarien und Rumänien hier zum ganz überwiegenden Teil unauffällig und normal lebten und arbeiteten und zu weniger als 25 % Sozialleistungen bezögen.

Abzuwarten bleibe laut Herrn Pohlmann, wie sich das zum 01.01.2017 in Kraft getretene Unionsbürgergesetz auswirken werde.

Frau Janssen weist auf die Bedeutung von frühzeitiger Bildung hin und Herr Fieroh auf die Notwendigkeit von Integrationsangeboten für Ältere. Frau Layden nimmt beide Themen auf.

Sie befürworte grundsätzlich vernetztes Arbeiten und Vorgehen aller betroffener Institutionen und Einrichtungen.

Die Präsentation von Frau Layden soll der Niederschrift als Anlage beigefügt werden.

8 .	Bericht des Vorstandes des Forums der Vielfalt
-----	--

Die anwesenden Vorstandsmitglieder des Forums der Vielfalt präsentieren ihre Arbeit und beantworten Fragen dazu.

Ende diesen Jahres würden die Vorstandsneuwahlen stattfinden.

Die Mitgliedsorganisationen seien gemischt, und der deutsche Anteil liege derzeit bei ca. 40 %.

Ein wichtiger Schwerpunkt werde bei der Bildung gesehen, die bereits in den Kindertagesstätten beginnen sollte. Dort könne die gesamte Familie gut erreicht werden, was vorteilhaft sei. Nach dem Bericht von Frau Layden seien ca. 36 % der Bevölkerungsgruppe „0 bis 2 Jahre alt“ MigrantInnen.

Weitere Themen seien z. B. die Wahlen in 2017, das Projekt „mi MI – mit MigrantInnen für MigrantInnen“ und Gesundheit - so gebe es z. B. Kooperationen mit dem Fachdienst Gesundheit als auch mit KinderärztInnen.

Aufgenommen durch die Forums-Vorstandsmitglieder wurde die Anregung, in Kontakt mit dem Seniorenbeirat zu treten.

Es besteht der Wunsch des Forums, vertreten durch den Vorstand, an den Sitzungen des Sozial- und Gesundheitsausschusses teilzunehmen und bei integrationsrelevanten Angelegenheiten als Sachkundige angehört werden zu können. Ein entsprechender schriftlicher Antrag wird verlesen und dem Vorsitzenden überreicht, der ihn an die Verwaltung zur Bearbeitung weitergibt.

Der Vorsitzende regt an, zukünftig Einladungen für Veranstaltungen wie z. B. die interkulturelle Woche den Ausschussmitgliedern zu geben.

Es wird nach der Kooperation mit Regelinstitutionen wie z. B. den Schulen gefragt.

Herr Zielke äußert sich besorgt wegen der unruhigen Vorkommnisse in Neumünster z. B. im letzten Herbst, denen innenpolitische Auseinandersetzungen in der Türkei zu Grunde gelegen hätten, und weist darauf hin, dass die türkischstämmigen Menschen in Neumünster einen Großteil der hier lebenden MigrantInnen ausmachten.

Herr Ortaçer teilt mit, dass dieses Thema TOP der Sitzung des Runden Tisches für Toleranz und Demokratie am 27.02. d.J. sein werde. Im Vorstand werde dieses Thema viel diskutiert, und es werde sich sehr um Werbung dafür gekümmert, dass sich Jugendliche freiheitlich-demokratisch aussgerichtet politisch engagierten, und es gebe auch Mentoringprogramme für Jugendliche.

Laut Frau Dannenmann sei die Aufgabe des Forums vielmehr, Organisationen wie das Bündnis gegen Rechts, den Runden Tisch für Toleranz und Demokratie und das Friedensforum auch in diesen Fragen zu beraten.

Nach Auskunft von Frau Layden sei das Forum das Sprachrohr der Mitgliedsorganisationen, die wiederum im Forum mitarbeiten würden, und die Forumsmitglieder hätten ein Interesse, dass freiheitlich-demokratische Prinzipien gelebt werden würden.

Frau Schwede-Oldehus verdeutlicht das Interesse des Ausschusses an Informationen zu dieser Problematik.

Herr Schlemmer erwähnt die Berichterstattung im „Spiegel“ nach den Aggressionen in Neumünster im letzten Herbst.

Frau Dannenmann weist auf die Kleinteiligkeit der Arbeit in diesem Bereich hin und dass spätestens ab dem Kindergartenalter Friedensarbeit geleistet werden müsse.

Frau Krebs ist Vorstandsmitglied des Runden Tisches für Toleranz und Demokratie und bringt ebenfalls ihre Sorge zum Ausdruck.

Es wird angeregt, dass der Runde Tisch für Toleranz und Demokratie die Sozial- und Gesundheitsausschussmitglieder zu einer Diskussion über diese Problematik einlade.

9 .	Projektförderung einer kommunalen Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte mit dem Schwerpunkt Flüchtlinge "Integration durch Koordination von Bildungsangeboten" <b>Vorlage: 0902/2013/DS</b>
-----	---

Der Vorsitzende fragt, ob es Wortmeldungen gebe.

Frau Schwede-Oldehus weist auf die Diskussion im Hauptausschuss und auf die gewünschte Befristung der Stelle auf längstens zwei Jahre hin.

Diskutiert wird, ob die Vorlage hinreichend klar sei bezüglich der zweijährigen Befristung.

Frau Yalçın erläutert, dass die Vollfinanzierung durch den Bund nur für zwei Jahre vorgesehen sei und dass es im Vorwege der Zusage für die Stellenförderung ein sehr aufwändiges Verfahren gegeben habe. Es gebe genaue Vorgaben des Ministeriums hinsichtlich der monatlichen Berichtspflichten durch die/den StelleninhaberIn, und die Aufgabeninhalte richteten sich an alle, die neu zuwanderten, unabhängig von ihrer Herkunft. Wesentliche Ziele seien die Förderung und Verbesserung von Bildung sowohl im frühkindlichen als auch im schulischen Bereich.

Frau Yalçın bietet an, ihre Arbeit im Ausschuss zu präsentieren.

Herr Schlemmer betont noch einmal den klaren Wunsch nach einer Befristung der Stelle auf längstens zwei Jahre, und Frau Lingelbach schließt sich dem unter Hinweis auf die immensen Anforderungen an den/die StelleninhaberIn an.

Auf Anregung von Herrn Andresen wird dem Personalratsmitglied Herrn Müller das Wort erteilt, der klarstellt, dass im Falle einer Genehmigung der Stelle entsprechend der Vorlage eine auf zwei Jahre befristete Ausschreibung erfolgen werde.

Der Erste Stadtrat, Herr Hillgruber, sagt ebenfalls die auf zwei Jahre befristete Ausschreibung der Stelle zu, und der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

Einstimmig beschlossen

**Endgültig entsch. Stelle:**

Ratsversammlung

10 .	Armut in Neumünster – 2. Zwischenbericht zum Antrag 0230/2013/An <b>Vorlage: 0423/2013/MV</b>
------	--

Der Vorsitzende gibt Herrn Ersten Stadtrat Hillgruber Gelegenheit zur Einführung ins Thema.

Er führt aus, dass es auf Grund personeller Umstände zu Verzögerungen im Bereich Sozialplanung gekommen sei und dass mit dieser Vorlage ein Zeitplan vorgelegt werde. Außerdem werde parallel ein aktualisierter Sozialbericht der Ratsversammlung im April d.J. vorgelegt werden.

Mehrere Ausschussmitglieder beklagen den langen zeitlichen Abstand zwischen der Vorlage zum Thema Armut im September 2014 und der im November d.J. geplanten Vorlage des „Handlungskonzeptes Armut“.

Der Wunsch nach regelmäßiger Beteiligung des Sozial- und Gesundheits- als auch des Jugendhilfeausschusses wird noch einmal betont.

Außerdem bittet der Ausschuss um Einladung zum Bildungsdialog am 08.06.2017.

Das Thema Maßnahmen gegen Armut sei hochaktuell, und die Daten des Sozialberichts würden als Grundlage für die Planung von Handlungsschritten bedeutsam sein. Herr Andresen weist auf die zu erwartenden Kosten bei der Armutsbekämpfung hin.

In der Innenstadt sei der Anteil der Kinder, die unterhalb der Armutsgrenze lebten, größer als 50 %.

Frau Schwede-Oldehus erkundigt sich nach der Bedeutung des vor einiger Zeit in Neumünster vorgestellten Dormagener Modells, und Herr Hellberg führt dazu aus, dass die Ergebnisse aus Dormagen in das vorgesehene Präventionsmodell einfließen werden, um u. a. die sehr teuren Kosten einer stationären Unterbringung zu minimieren.

Frau Lingelbach weist auf die Bedeutung von Zahlen zur Altersarmut sowie zu Armut, die Frauen betrifft, hin.

Der Vorsitzende lässt abstimmen.

**Beschluss:**

Kenntnisnahme

11 .	Ehrenamtliche/r Beauftragte/r für Menschen mit Behinderung der Stadt Neumünster, hier: Berufung in eine ehrenamtliche Tätigkeit <b>Vorlage: 0885/2013/DS</b>
------	--

Der Behindertenbeauftragte, Herr Florian, verlässt den Raum.

Der Vorsitzende erteilt Herrn Ersten Stadtrat Hillgruber das Wort, der ausführt, wie sehr zufrieden die Verwaltung mit der Arbeit von Herrn Florian als Behindertenbeauftragter sei.

Dann lässt der Vorsitzende abstimmen.

**Beschluss:**

Einstimmig beschlossen.

**Endgültig entsch. Stelle:**

Ratsversammlung

12 .	Strukturvertrag soziale Hilfen in Schleswig-Holstein, Mittelverteilung 2017 <b>Vorlage: 0851/2013/DS</b>
------	---

Der Vorsitzende fragt nach Wortmeldungen.

Herr Zielke regt an, dass es demnächst einen Bericht der Therapiehilfe e. V. geben solle.

Dann lässt der Vorsitzende abstimmen.

**Beschluss:**

Einstimmig beschlossen.

**Endgültig entsch. Stelle:**

Sozial- und Gesundheitsausschuss

13 .	Mitteilungen
------	--------------

In der Sitzung erfolgen keine Mitteilungen.

Hinweis: Die nächste Sitzung wird wieder im Neuen Rathaus in Raum 1.8 stattfinden.

Sami Inci  
(Ausschussvorsitzender)

Gudrun Folchert  
(Protokollführerin)